

Telegraphische Depesche.

Hamburg, 26. Mai. Aus Kopenhagen von gestern ist die telegraphische Nachricht eingetroffen, daß nach dem „Dagbladet“ gestern wieder eine Staatsraths-Sitzung, wahrscheinlich zur Berathung der Instruktionen für die Vertreter Dänemarks in London, abgehalten worden ist. Das Gerücht, daß das Ministerium seine Demission gegeben, hat sich nicht bestätigt.

In Sachen Schleswig-Holsteins.

Randers, 22. Mai. [Freiheit und Chikane der Dänen.] Der „Kreuztg.“ wird geschrieben: Seit dem Eintritt des Waffenstillstandes hat sich hier wenig von Interesse zugetragen und das Wenige ist durchaus nicht erfreulicher Art. Die Dänen treten jetzt in einer so brutalen Weise auf, als wären sie Sieger und wir die Besiegten, und der Wunsch ist allgemein, daß der unliebsame Waffenstillstand bald ein Ende nehmen möge. Gestern früh sollten auf dem Marktplatz die austrangierten Pferde licitirt werden. Die Kauflustigen hatten sich sehr zahlreich eingefunden, aber kaum hatte die Auktion begonnen, als zwei vom dänischen Polizeimeister Elmquist abgeordnete Individuen den Käufern verboten, auf die Pferde zu bieten, indem sie die Drohung hinzufügten, daß die dänische Regierung die gekauften Pferde den Eigenthümern ohne alle Entschädigung wegnehmen würde. Als in Folge dieses ganz ungerechtfertigten Verbotes von Seiten des Polizeimeisters Niemand mehr bot, die Menge aber beisammen blieb, forderte der Stadtkommandant die Umstehenden, welche nicht bieten wollten, auf, sich zu entfernen, und da dieser Aufforderung nicht Folge gegeben wurde, mußten 16 Mann von der Wache requirirt werden. Nun ging die Freiheit der Dänen so weit, daß sie einander aufordneten, den Offizier, welcher die 16 Mann Militär herbeiholen wollte, vom Pferde zu reißen. Den Soldaten gelang es mit Zuthilfenahme ihrer Kolben bald, die Menge zu zerstreuen und den Platz zu säubern. Die Auktion wurde nun aufgehoben und der Polizeimeister, welcher sich erfrecht hatte, unsere Anordnungen zu durchkreuzen, ist vorläufig sistirt worden und soll morgen verantwortlich vernommen werden. Nach aufgehobener Auktion kamen mehrere Bauern, welche wegen Ankauf von Pferden in die Stadt gekommen waren, zum General Grafen v. Münster und baten ihn, veranlassen zu wollen, daß ihnen die Pferde aus freier Hand verkauft würden. Sie wurden jedoch abschlägig beschieden und die Pferde werden zum Verkauf nach Flensburg geschickt werden. — In Alsborg dehnten die Hauseigenthümer die Rechte des Waffenstillstandes so weit aus, daß sie Abends um 9 Uhr bereits die Hausthüren verschlossen und Niemand mehr einlassen wollten. Die Folge davon war, daß die „renitenten Thüren“ aus den Angeln gehoben und auf die Wache gebracht wurden. — Die Frau des Lehrers Dickmann kochte die für 4 Tage bestimmte Menage eines Beamten auf einmal und sendete sie ihm ins Zimmer mit dem Bemerkten, sich nun das Gefolge selber auf die 4 Tage zu vertheilen. Heute wurde vom Stadt-Commandanten ein Wagen für den General v. Falkenstein zu einer Fahrt nach Viborg requirirt, und die dänische Behörde schickte einen gefüllten Breterwagen! — Aehnliche Schikanen kommen täglich vor. — Wenn aus dem Waffenstillstand — dessen wir durchaus nicht bedürften — kein rechtsschaffener Friede erwachsen sollte, so wäre es sehr zu beklagen, daß der Waffenstillstand überhaupt vereinbart worden. Die bis zum Tode ermatteten Dänen waren zu keiner Action mehr fähig. Fünfen wäre ohne bedeutende Schwierigkeiten genommen, der Lymfjord mit verhältnismäßig geringen Verlusten überschritten worden und den Dänen wäre dann nicht viel mehr als das demokratische Kopenhagen übrig geblieben. Den Waffenstillstand nutzen unsere Feinde aufs Beste aus; sie rekrutiren und bringen Vieh und Pferde in Sicherheit, müssen daher wenig Zuversicht zum Friedensabschluß haben. Die dänische Hartnäckigkeit wird dann allein die Schuld tragen, wenn der Kampf von Neuem und mit größerer Erbitterung als bisher wieder beginnen wird. — Die Dislocation der combinirten Garde-Infanterie-Division ist heute in folgender Weise bewerkstelligt worden: Brigade von Benthelm, Stab Randers, Regiment Königin Elisabeth: Regimentsstab Randers, 1. Bataillon, Stab Randers, 2. Bataillon, Stab Bjellerup, Füsilier-Bat., Stab Randers. Regiment Königin Augusta: Regimentsstab Friesenwald, 1. Bat., Stab Brundgaard, 2. Bat., Stab Fousingoe, Füsilier-Bat., Tunsrupgaard. Garde-Fusaren-Regiment: Regimentsstab Randers (Grenad.-Brig.), 1. Escadron Randers (Grenad.-Brig.), 2. Escadron Rosenholm (Inf.-Brig.), 3. Escadron Hasle (Inf.-Brig.), 4. Escadron Christrup. 4pfd. Garde-Batterie: Aarhus.

Flensburg, 24. Mai. [Denkmal.] Wie die „Nordd. Ztg.“ hört, lassen die österreichischen Offiziere ihren bei Deventer gefallenen Kameraden dort ein Denkmal setzen. Es werden hierbei auch einige von den Sockelfeinden des weiland hiesigen Löwen-Denkmal's zur Verwendung kommen.

Kopenhagen, 23. Mai. [Die Theilungsprojecte für Schleswig.] „Dagbladet“ kommt heute auf die umlaufenden Gerüchte über Theilungsprojecte zu sprechen und meint, die Zeit könne vielleicht kommen, wo wir uns in eine Theilung von Schleswig als das Kleinste von mehreren Uebeln finden müssen, jetzt aber mit dieser Lösung hervorzukommen und sie zu gefälliger Ueberlegung zu empfehlen, heiße nur die Pläne unserer Feinde unterstützen und die vermittelnden Mächte in ihrem Urtheile unsicher machen. Unsere Sache, fährt das Blatt fort, steht rechtlich noch auf demselben Standpunkt, wie vor dem 1. Februar und in der Konferenz, wo gerade das Völkerrecht und das europäische Rechtsbewußtsein maßgebend sein sollte, haben wir keine Ursache, davon abzugehen, weil Duppel genommen, die Dänewirke und Frierbericia geräumt sind. Wir müssen darnach streben, der Lösung eine europäische Sanction zu geben, welche in dem gemeinsamen Grundgesetz vom 18. November ihren Ausdruck findet. Dafür wollen wir augeben, daß Holstein vollständig ausgefondert wird, denn es ist besser, in seiner eigenen Hütte Herr zu sein, als Slave in einem Palaste. Schließlich wird der Regierung gerathen, in keine Verlängerung der für uns so unglücklichen Waffenruhe zu willigen, welche durch das Benehmen des Feindes noch härdevoller für das Land geworden sei. Kann die Regierung nicht bestimmte und bindende Zusagen von Seiten Englands, welches uns seinen Beistand zu einem ehrenvollen Frieden sichern, erlangen, so darf sie sich nicht länger bedenken, eine Krisis zu provociren. Während das englische Parlament noch versammelt ist, kann die Regierung, wenn sie Widerstand leistet,

einen eingreifenden Umschlag in der Situation hervorrufen, ist die Session aber geschlossen (Mitte oder Ende Juni), bevor sie bestimmt ausgetreten, so ist damit die Hoffnung vorbei und es kann dann leicht die Rede sein nicht von der Möglichkeit der Theilung Schleswigs, sondern von der Wahrscheinlichkeit des Verlustes Schleswigs.

Preußen.

Berlin, 26. Mai. [Militäres.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht, den nachbenannten Mannschaften das Militär-Ehrenzeichen zweiter Klasse zu verleihen, und zwar: Für Auszeichnung während der kriegerischen Operationen in Schleswig in den Gefechten vom 14. und 17. März ic., laut allerhöchster Cabinetsordre vom 9. April 1864. — Vom 1. westfälischen Infanterie-Regiment Nr. 13: dem Musketier Averkamp und dem Musketier Uffing; vom brandenburgischen Jäger-Bataillon Nr. 3: dem Gefreiten Radwiz, dem Jäger Belger und dem Jäger Stahr. Für Auszeichnung während der kriegerischen Operationen in Schleswig in den Gefechten vom 17. und 28. März ic., laut allerhöchster Cabinetsordre vom 11. April 1864: Vom Leib-Grenadier-Regiment (1. brandenburgischen) Nr. 8: dem Grenadier Tappert, dem Grenadier Müller II., dem Feldwebel Pantolin, dem Grenadier Gleichfeldt, dem Feldwebel Mühlmann, dem Grenadier Müller, dem Gefreiten Lehmann, dem Hornisten Stellmacher, dem Gefreiten Rieß, dem Grenadier Kaufmann, dem Hornisten Klesche, dem Grenadier Fraß, dem Unteroffizier Wäste, dem Grenadier Lehmann II., dem Unteroffizier Redling, dem Gefreiten Weprach, dem Unteroffizier und Lazareth-Gehilfen Baumann und dem Fährer Heine; so wie vom 1. posenschen Infanterie-Regiment Nr. 18: dem Musketier Bednarek, dem Feldwebel Mayer, dem Sergeanten Schmidt, dem Unteroffizier Leo, dem Gefreiten Pawlowski, dem Musketier Wzefinski, dem Sergeanten Riebs, dem Unteroffizier Bach, dem Fährer Hejstle I., dem Gefreiten Hönike, dem Fährer Windach, dem Sergeanten Ritter, dem Gefreiten Desterwik und dem Gefreiten Gilsdorf.

Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, den Kreisphysicus Sanitätsrath Dr. Gall zu Posen und den Kreisphysicus Sanitätsrath Dr. Keffeld zu Graes zu Medizinalrathen und Mitgliedern des Medizinal-Collegiums der Provinz Posen, den Kreisrichter Günther aus Neukatt D. S. zum Staatsanwalt in Kreisburg D. S. und den Kreisrichter Constantin Schulze in Pleß zum Staatsanwalt in Pleß, sowie die Kaufleute J. F. Grome in Montebideo und Jhr. W. Nordenholz in Buenos-Ayres zu Vice-Consuln daselbst zu ernennen, dem practischen Arzt Dr. Ruppert in Hettstadt den Charakter als Sanitätsrath zu verleihen und dem Kreisphysicus Sanitätsrath Dr. Trautwein in Kreuznach die Erlaubniß zur Annahme und Führung des von dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin königl. Hoheit ihm verliehenen Titels eines Geheimen Sanitätsraths zu ertheilen.

[Bekanntmachung.] Die Telegraphen-Station zu Bad Randeb im Regierungsbezirk Breslau wird am 1. Juni d. J. für die Dauer der diesjährigen Badesaison mit beschränktem Tagesdienste (s. § 4 des Reglements für die Correspondenz im deutsch-österreichischen Telegraphenverein) wieder eröffnet werden. Berlin, den 25. Mai 1864.

Berlin, 26. Mai. [Se. Majestät der König] nahmen heute die Vorträge des Kriegs- und Marine-Ministers, General-Lieutenants v. Roon, und des General-Adjutanten, General-Lieutenants Freiherrn v. Manteuffel, sowie des Finanzministers Freiherrn v. Bodelschwingh entgegen und empfingen Se. Hoheit den Herzog Wilhelm von Mecklenburg, Se. Durchlaucht den Prinzen Hugo zu Windischgrätz, den kaiserl. königl. Obersten v. Blafis und den Major J. D. v. Kessel. — Allerhöchstdieselben ertheilten im Laufe des Nachmittags den großherz. badischen Gesandten, Freiherrn v. Marschall und Freiherrn v. Dürckheim im Beisein des Ministerpräsidenten v. Bismarck-Schönhausen Audienz.

[Der Generalmajor a. D. Lehmann, Mitglied des Abgeordnetenhauses,] hat es auch abgelehnt, den an die londoner Konferenz gerichteten, von Frankfurt aus verfaßten Protesten deutscher Abgeordneter beizutreten, und zwar mit folgendem Schreiben: „An den Herrn c. W. c. beehre ich mich in Erwiderung auf die geehrte Zuschrift vom 25. v. M. ergehen, davon in Kenntniß zu setzen, daß ich nach reiflicher Erwägung des mir beigegebenen Protestes es ablehnen muß, denselben beizutreten. Eines Theils halte ich es nicht meines Berufs als Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses, mich an Schritten bei einer europäischen Konferenz zu betheiligen, aus welchen der eigenen dort vertretenen Landesregierung Erschwernisse entstehen können; und anderentheils widerstrebt es mir auch, ohne allen Vorbehalt im Interesse der militärischen Sicherung des engeren wie des weiteren Vaterlandes Erklärungen zu Gunsten von Machtanprüchen auf deutsche Grenzmarken abzugeben, nachdem für die Befreiung derselben vom dänischen Joch so viel preussisches Blut geflossen ist, auch für ihre Befreiung zunächst und hauptsächlich doch immer wieder Preußen mit dem Blute seiner Söhne eingetreten hat.“

[Der telegr. gemeldete Artikel der ministeriellen „Provinzial-Corresp.“] lautet wörtlich wie folgt: „Hr. v. Bismarck hat nach vorheriger Verhandlung mit Oesterreich in einer Depesche vom 15. Mai nach London erklärt, daß Preußen sich jetzt von allen Verpflichtungen gegen den König von Dänemark vollkommen frei fühle und in Gemeinschaft mit den übrigen Großmächten die anderweitige Regelung der Erbfolge in Schleswig-Holstein versuchen wolle. Wenn bei dieser Lage der Dinge die deutschen Mächte gegenwärtig eine Erklärung über die Bedingungen des Friedens mit Dänemark abgeben sollten, so konnte diese nach dem Obigen fürerst nur dahin gehen: daß, falls der König von Dänemark auf Grund neuer Feststellung unter den Mächten auch als Herzog von Schleswig-Holstein anerkannt werden sollte, die Grundbedingung dieses Verhältnisses die absolute politische Selbstständigkeit der Herzogthümer im engen Anschlusse an Deutschland sein müßte. Ob aber nach der Beseitigung des Abkommens von 1852 der König von Dänemark überhaupt noch in Schleswig-Holstein herrschen oder ein Anderer den herzoglichen Thron bestiegen soll, das bleibt der gemeinsamen Entscheidung der europäischen Mächte vorbehalten, bei welcher neben der gewissenhaften Prüfung der allseitigen Erbanprüche (des Herzogs von Augustenburg und Anderer) vorzugsweise die Interessen und die Wünsche der Herzogthümer selbst, sowie die Interessen Deutschlands ins Gewicht fallen müssen. Wenn aber Dänemark auf der londoner Konferenz, wie allerdings zu vermuthen war, von vornherein auch jener unerlässlichen Forderung der Selbstständigkeit der Herzogthümer entgegengetreten ist, so wird dies für die Mächte ein Grund mehr sein müssen, bei der Entscheidung der Erbfolgefrage von dem König von Dänemark vollends abzusehen. Je klarer durch das Verhalten Dänemarks nach allen Seiten hervortritt, daß die politische Selbstständigkeit der Herzogthümer in irgend einer Verbindung mit Dänemark überhaupt nicht gesichert werden kann, desto mehr ist die Lösung der Frage nur in der gänzlichen Trennung von Dänemark zu suchen. In diesem Sinne scheint sich unsere Regierung mit der österreichischen bereits in weiteres Benehmen gesetzt zu haben.“ (Somit waren die Nachrichten unserer wiener telegr. Depeschen und Correspondenzen — vgl. auch unsere Wiener Corresp. im heutigen Morgenbl. — vollständig in der Wahrheit begründet. Auch der „Kreuztg.“ wird heute aus Wien gemeldet, daß Oesterreich mit Preußen über die vollständige Trennung Schleswig-Holsteins von Dänemark ganz einig sei. D. Red. d. Bresl. Z.)

[Die Theilung Schleswigs.] Der telegr. gemeldete Artikel der „Nordd. Allg. Z.“ lautet: „Daß man in England von der Absicht ausgehen wird, das Mögliche zu thun, Deutschland mit einem Minimum abzufinden, liegt auf der Hand, und dies Bestreben tritt bereits in der scheinbaren Bereitwilligkeit hervor, mit der man sich in London einer „nationalen“ Theilung Schleswigs geneigt zeigt. Offenbar hat man dabei die dänische Auffassung von der nationalen Grenze Schleswigs im Auge, welche nur das schmale Streifen Land bis zu den Dannewerken mit etwa 177,000 Einwohner als deutsch betrachtet. Es ist nun aber Thatsache, daß die alte Kirchengrenze, welche bis 1848 galt und von den Dänen Jahrhunderte lang respectirt wurde, sich nördlich von Flensburg nach Tondern hinzieht. Von da ab südlich ist seit Jahrhunderten in Kirchen und Schulen deutsch gepredigt und gelehrt, und erst seit etwa anderthalb Decennien durch die Tyrannei des Eiderdänenthums gegen den Willen der Bevölkerung in Kirche und Schule das Dänische eingeführt worden. Ist also eine Theilung nach der Sprachgrenze überhaupt möglich, so könnte sich solche bloß nach dieser Direction richten. Es sind aber, um die Herzogthümer in ein richtiges Verhältniß zu Dänemark zu bringen und vor neuer Vergewaltigung zu sichern, noch viele andere Dinge zu berücksichtigen, als die bloße Sprachgrenze, und es ist namentlich wohl selbstverständlich, daß die Stimme der Bevölkerung auch da, wo die Nationalität gemischt ist, in billiger Weise gehört werde.“

[Hinichtlich der neuen Phase, in welche die Conferenz getreten,] die bekanntlich übermorgen ihre Sitzungen wieder aufnimmt, wird nur mit großer Reserve und allen Zeichen der Ungläubigkeit von einem Theile der europäischen Presse die Nachricht von den Entschlüssen der drei Großmächte aufgenommen, die Verträge von 1852 fallen zu lassen. So überraschend diese Nachricht auch im ersten Augenblicke klang, so ist doch — wie die „Nordd. A. Z.“ schreibt — kein Zweifel mehr möglich. Dagegen erfahren wir, was doch eigentlich das Wichtigste wäre, durchaus nichts Näheres darüber, wie man in Kopenhagen die Sache aufnimmt. Jedenfalls muß nicht nur ein Ministerwechsel, sondern eine gründliche Umwälzung in allen Schichten der politischen Autoritäten stattfinden, um Verhandlungen zu ermöglichen, die auf Grund der neu vorgeschlagenen Basis stattfinden könnten. Dagegen meldet vielmehr eine Depesche (vergl. heut. Morgenbl.), aus Hamburg, daß in Kopenhagen die Stimmung wieder eine mehr kriegerische sei, und daß die Regierung beschloffen habe, ihre Bevollmächtigten von der Conferenz abzurufen, falls die deutschen Mächte auf ihren Forderungen beharren. Der Leser sieht, daß alle diese röstigen Hoffnungen des Friedens, mit denen man sich in manchen Kreisen trägt, einwillen noch nicht so sicher zu betrachten sind.

[Ueber die Lage der wegen Erneuerung der Zollvereinsverträge (schwebenden Verhandlungen) wird berichtet, daß man die Ausfertigungen für die Unterzeichnung mit Baden und Braunschweig vorbereitet. Der förmliche Abschluß steht jeden Tag zu erwarten. Meinungen hat sich, wie versichert wird, gefügt, und ganz Thüringen wird beitreten. Oldenburg soll sein Präcipuum zu erhalten wünschen. Die Unterhandlungen mit Kurhessen und Hannover werden fortgesetzt.]

[Das Staatsministerium] trat heute Mittag 12 Uhr in einer Sitzung zusammen.

Berlin, 25. Mai. Vor dem Plenum der Criminalsenate des kgl. Ober-Tribunals, unter dem Vorsitz des Vice-Präsidenten Jahnigen, fand am 23. d. Mts. eine interessante Verhandlung statt. Der Handelsmann Fernhorn war nämlich durch Erkenntniß des Kreisgerichts zu Wobitz wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Erregung ruhestörender Muthes zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt. Der Verurtheilte berubigte sich bei diesem Erkenntniß, dagegen appellirte die Staatsanwaltschaft, um eine Verschärfung der Strafe herbeizuführen. In der Beantwortung dieser Appellation fußt jedoch der Angeklagte das erste Erkenntniß mit neuen Behauptungen und Beweismitteln an, und suchte danach seine gänzliche Freisprechung zu rechtfertigen. Als hierauf die Sache in der Audienz des Appellations-Gerichts zu Halberstadt zur Verhandlung kam, erklärte der Verteidiger des nicht erschienenen Angeklagten, unter Wiederholung des angetretenen Beweises, daß er von der Staatsanwaltschaft eingelegten Appellation beitrete. Der Gerichtshof beschloß dann auch den angetretenen Beweis zu erheben. Nach Verteidigung dieses Beschlusses zog der Ober-Staats-Anwalt die von der Staats-Anwaltschaft eingelegte Appellation zurück, indem er geltend machte, daß die Kosten des neuen Beweises gegenüber der von der Staats-Anwaltschaft beabsichtigten Strafschärfung zu hoch seien. Der Gerichtshof erklärte jedoch den Staats-Anwalt nicht für berechtigt, die Appellation zurückzuziehen, erhob den neuen Beweis und hat demnach auf Grund desselben den Angeklagten gänzlich freigesprochen. Das Gericht nahm an, daß der Angeklagte berechtigt sei, der Appellation der Staats-Anwaltschaft zu seinen Gunsten beizutreten, und daß die Appellation einseitig von der Staats-Anwaltschaft nicht wieder zurückgenommen werden könne. Gegen diese Entscheidung hatte der Ober-Staats-Anwalt zu Halberstadt die Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt, weil gegen den Bericht der Ober-Staats-Anwaltschaft eine Entscheidung des Gerichtshofes 2. Instanz nicht gerechtfertigt gewesen sei. Das Recht der Staats-Anwaltschaft, ein Rechtsmittel zurückzunehmen, müsse eben so zulässig sein, als das unbestrittene Recht eines Angeklagten in dieser Beziehung. Da bei der Entscheidung dieser Frage zwischen den beiden Criminalsenaten des höchsten Gerichtshofes eine entgegenstehende Ansicht hervorgetreten war, so war die vorliegende Sache an das Plenum gewiesen und diesem folgende Frage gestellt worden: „Ist die Staats-Anwaltschaft befugt, eine von ihr eingelegte Appellation zurückzunehmen und dadurch der Entscheidung des damit befaßten Richters zu entziehen?“ In dem Audienstermin beleuchtete der General-Staats-Anwalt Grimm diese Frage in eingehender und interessanter Weise. Er beleuchtete die Stellung der Staats-Anwaltschaft im Allgemeinen und den Gerichten gegenüber, führte aus, daß diese Stellung eine selbstständige, von den Gerichten völlig unabhängige sei: die Beamten der Staats-Anwaltschaft seien Organe des Königs; sie seien keine Partei. Das Wirken der königlichen Gewalt sei nur dahin gerichtet, daß Recht und Gerechtigkeit gehandhabt werde. Die Einlegung der Rechtsmittel sei im Interesse der Gerechtigkeit in die Hände der Staats-Anwaltschaft gelegt; das eingelegte Rechtsmittel aber wirke mit gleicher Stärke, wie gegen den Angeklagten, so auch zu Gunsten desselben, und die Befugniß, einem Angeklagten dieses Recht wieder zu entziehen, könne nicht einer Behörde zustehen, welche ein Organ des Königs für die Pflege des Rechts sei. Dies würde auch dem Zwecke der Gerichte, dem Rechte Geltung zu verschaffen, widersprechen, wie es auch der Würde und Stellung der Gerichte nicht entspreche, daß, wenn sie einmal mit einer Sache befaßt seien, irgend eine Macht sie verbindlich zu erkennen, was Recht sei. Der General-Staats-Anwalt erklärte sich hiernach für die Verneinung der oben gestellten Frage und beantragte Zurückweisung der Nichtigkeitsbeschwerde. Das Ober-Tribunal erkannte diesem Antrage gemäß.

Stettin, 26. Mai. [Der König.] Nach einer gestern hier eingegangenen Depesche wird der König in dieser Woche hier nicht eintreffen, sondern steht seine Ankunft erst in der nächsten Woche zu erwarten.

Zwinemünde, 25. Mai. [Die Kanonenboote] sind nach dem Haß abgegangen.

